

Atomkraft ist ein Auslaufmodell

Heiner Hiltermann

Die kollektive Erinnerung der Menschen an prägende Ereignisse geht häufig bereits nach einer Generation verloren. 59 Prozent der Amerikaner befürworteten im März 2009 in einer Umfrage die Nutzung der Atomenergie. 30 Jahre zuvor war in Harrisburg, Pennsylvania, ein Reaktor explodiert. Die technikgläubige Nation war geschockt, die Regierung verhängte ein Moratorium.

Das soll sich nun ändern, wenn es nach US-Präsident Barack Obama geht. Gerade erst hat er für den Bau zweier neuer Reaktoren Staatsbürgschaften in Höhe von 8,7 Milliarden Dollar zugesagt. Im Budget sind weitere 54 Milliarden Dollar Staatsgarantien vorgesehen. Amerikas Umweltbewegte schäumen, dafür haben sie Obama im Wahlkampf nicht unterstützt.

blockiert. Doch den US-Präsidenten treibt ein hehres Ziel: Er will sein Klimaschutzgesetz vom Kongress absegnen lassen. Seitdem die Demokraten ihre Supermehrheit verloren haben, wird Obamas Vorhaben von den Republikanern blockiert. Ob er mit seinem Entgegenkommen bei der AtomkraftErfolg haben wird? Die Republikaner haben schon das Herauslösen wichtiger Bestandteile des Gesetzes kühl ignoriert: Der Emissionshandel ist ebenso gestrichen wie

Grenzwerte für klimaschädliche Gase.

Der Ausbau der Atomenergie steht ganz oben auf der Wunschliste der Republikaner. Geld verdienen lässt sich damit aber nur, wenn der Staat Garantien für Kraftwerksbau, -betrieb und Strompreis übernimmt. Das hat im November vergangenen Jahres die Citibank in einer Studie am Beispiel Grossbritanniens berechnet. Privaten Investoren rät sie dringend ab, ihr Geld in Atomkraftwerke zu stecken, wenn Staaten jede Unterstützung ablehnen. Möglicherweise also bringt Obama mit seinem Atomkraftengagement bei den Republikanern die richtigen Saiten zum klingen.

Aber hilft das dem Klima? Experten bezweifeln das, vor allem in Europa. Denn auch hier erlebt die Atomkrafteine Renaissance. In der Schweiz haben drei Betreiber Gesuche für neue Atomkraftwerke eingereicht, der Bundesrat wird voraussichtlich Mitte 2012 entscheiden, eine Volksabstimmung Ende 2013 möglich. Deutschland diskutiert den Ausstieg vom Atomausstieg, und Frankreich hat noch nie ernsthaft an der Atomkraftgezweifelt.

Auch in Europa ist das Gedächtnis kurz – Tschernobyl ist erst 24 Jahre her.

Mag sein, dass die Atomingenieure aus ihren Fehlern in der Vergangenheit gelernt haben und die Kraftwerke heute sicherer sind als eine Generation zuvor. Man muss es hoffen. Weltweit aber noch immer ungelöst ist die Entsorgungsfrage: Wohin mit dem Atommüll? Nirgendwo auf der Welt existiert bisher ein sicheres Endlager.

Deutschlands Erfahrungen dienen als warnendes Beispiel: Die «Asse», ein Versuchsendlager in Niedersachsen, sollte Millionen Jahre sicher sein, jetzt leckt der Salzstock schon nach 40 Jahren: Wasser dringt ein, 126 000 Fässer rotten vor sich hin, das Grundwasser ist in Gefahr.

Sichere Energie. Vielleicht ist es diese Erfahrung, die Deutschland zum Vorbild bei der sicheren Energieversorgung machen könnte. Zwar will die schwarz-gelbe Regierung in Berlin die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern, aber nur so lange, bis Wind-, Wasser und Solarenergie sie ersetzen können. So jedenfalls hat es Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) formuliert.

Den Protest seiner Partei- und Koalitionsfreunde lässt er kühl abprallen. Für ihn ist die Atomenergie ökonomisch ein Auslaufmodell, viel zu teuer, technologisch rückwärts orientiert und allenfalls zur Überbrückung noch für kurze Zeit brauchbar. Das Geld ist weit sinnvoller in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert, davon erwartet Röttgen einen technologischen Vorsprung und langfristig

mehr und sichere Arbeitsplätze. Da können sich sogar Deutschlands Umweltschützer widerstrebend mit um wenige Jahre verlängerten Laufzeiten der alten Kraftwerke abfinden: Röttgens Pläne helfen dem Klima weit mehr als der Ausbau der Atomkraft.

heiner.hiltermann@baz.ch